

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Inhalt des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Subskribenten 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die gespaltene Kleinzeile 40 Pfg., Zusatzspaltengebühr 50 Pfg. / für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbepreise unbefristet geschriebener oder durch Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Tealend, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 138

Dienstag, den 22. November 1932

34. Jahrg.

## Donnerstag, den 24. November, 14 Uhr Mütterberatungsstunde im Bürgeraal Kemberg, den 21. November 1932. Der Magistrat.

### Die Gewaltenteilung in Preußen Regelung durch Erlass des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. November.  
Nach Erlass des Urteils des Staatsgerichtshofs in der Streitfrage über die am 20. Juli 1932 erfolgte Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen haben zwischen der Regierung Braun und den Kommissaren des Reiches Verhandlungen über die praktische Durchführung der in dem Urteil zum Ausdruck gebrachten Gewaltenteilung in Preußen stattgefunden. Diese Verhandlungen haben nicht zu einer Einigung geführt. Das preußische Staatsministerium glaubt sich vorbehaltlich der ihm im Urteil des Staatsgerichtshofs vorbehaltenen Befugnisse zur Verletzung des Landes Preußen Rechte in Anspruch nehmen zu sollen, die einen ordnungsmäßigen Ablauf der Dienstgeschäfte in den preußischen Ministerien und eine einheitliche Führung der Exekutive in Preußen in Frage stellen würden. Die daraus resultierenden Schwierigkeiten stellen eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar. Der Reichspräsident hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Artikels 48, 2 der Reichsverfassung die nachstehenden Maßnahmen zu treffen. Er hat einen Erlass dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar und mit einem besonderen Belegschreiben dem preußischen Ministerpräsidenten zugestellt, in dem es heißt:

Aus den mit erläuterten Beilagen über die amtlichen des Reichskommissars für das Land Preußen und dem preußischen Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen habe ich entnehmen müssen, daß eine Einigung über die Ausübung der Befugnisse, wie sie nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 einerseits und dem preußischen Ministerpräsidenten und den preußischen Staatsministern andererseits dem Reichskanzler als Reichskommissar für das Land Preußen und den von ihm für den Geschäftsbereich der preußischen Ministerien bestellten Kommissaren zuzuteilen, nicht erzielt worden ist.

Unter diesen Umständen erscheinen Verwaltung und staatliche Ordnung im Lande Preußen in Frage gestellt. Dieser Zustand bedeutet eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Sich lehne mich daher veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen und ordne an:

1. Im Verhältnis zu den amtlichen Verkehr auszuscheiden, haben die Kommissare des Reichs innerhalb des ihnen zugewiesenen Geschäftsbereichs die mit dem Kopf „Der Preußische Ministerpräsident“... „Der Preußische Minister...“ zu versehenen Schreiben zu zeichnen. Der Kommissar des Reichs... Befehle und Verordnungen, die die Kommissare des Reiches gemeinsam fassen oder erlassen, sind zu zeichnen. Das Preußische Staatsministerium: Die Kommissare des Reichs.

2. Verordnungen, deren Erlass nach Reichsrecht oder preußischem Recht der preußischen Landesregierung, dem preußischen Staatsministerium oder einzelnen preußischen Staatsministern zuzuteilen, haben ausschließlich die Kommissare des Reichs oder der nach ihrem Geschäftsbereich zuständigen Kommissare des Reichs zu erlassen.

3. Die Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß Artikel 67 Abs. 2 der Reichsverfassung liegt dem für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums bestellten Kommissar des Reichs zu.

4. Die Befolgung von Geldmitteln im Wege des Kredits steht dem für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums bestellten Kommissar des Reichs zu, soweit eine Ermächtigung zur Kreditaufnahme in einem Gesetz oder einer Verordnung mit Gesetzeskraft vorliegt. Das gleiche gilt für die Übernahme einer Sicherheitsleistung (Garantien und Bürgschaften).

5. Die Kommissare des Reichs sind zur Durchführung ihrer Aufgaben befugt, mit den Reichsbehörden in Verhandlung zu treten und an den von diesen einberufenen Sitzungen und Beratungen teilzunehmen.

6. Das Recht der Begnadigung gemäß Artikel 54 der Reichsverfassung haben die Kommissare des Reichs auszuüben.

7. Zur Ausübung der dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofs zuzuteilenden Befugnisse werden die aus der Anlage ersichtlichen Amtsräume im Hause des preußischen Ministeriums für Volkswirtschaftsangelegenheiten bereitgestellt. Soweit zwischen einzelnen Staatsministern und den Kommissaren des Reichs bereits eine Einigung über die Verteilung der verschiedenen Amtsräume erzielt ist, behält es dabei seine Bedeutung. Im übrigen stehen die Amtsgebäude des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Ministerien mit allem Zubehör ausschließlich zur Verfügung der Kommissare des Reichs.

Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern stehen die Ministerialdirektoren Dr. Badt, Dr. Brecht und Cohnmann als stellvertretende Beauftragte zum Reichsrat im Hauptamt, ständig zur Verfügung; sie erhalten im Hause des preußischen Ministeriums für Volkswirtschaftsangelegenheiten zugeordnete Geschäftsbedienstete und das erforderliche Hilfspersonal nach zur Verfügung zu stellen.

8. Die im Haushaltsplan für die preußischen Staatsminister vorgesehenen Dienstwohnungen stehen, soweit sie von ihnen bisher Gebrauch gemacht haben, auch weiter zu ihrer Verfügung.

9. Die Kommissare des Reichs nehmen in dieser Eigenschaft an den Sitzungen des Reichsrats, des Landtags und Staatsrats sowie ihrer Ausschüsse nicht teil. Sie teilen diesen Körperlichkeiten keine Vorlagen zu.

10. Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern sind zur Bearbeitung der ihnen erteilten Aufgaben der Vertretung Preußens im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Gremien die mit der vorberührenden Bearbeitung dieser Aufgaben betrauten Beauftragten der Ministerien, denen die Bearbeitung der Angelegenheiten übertragen ist, die mit bevorstehenden Beratungen des Reichstags, des Reichsrats, des Landtags oder des Staatsrats oder ihrer Ausschüsse im Zusammenhang stehen oder sich auf den Abschluß von Verträgen mit anderen Ländern oder dem Reich beziehen, zum Vortritt zur Verfügung zu stellen.

11. Mit der Ausführung dieser Maßnahmen beauftrage ich den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen.

### Verlängerung des Burgfriedens bis zum 2. Januar 1933.

Reichspräsident von Hindenburg hat die Verordnung über die Sicherung des inneren Friedens, die am 2. November erlassen worden war und am 18. November ablaufen würde, durch eine neue Verordnung bis zum 2. Januar 1933 verlängert. Ebenso wurde auch die in der Ergänzungsverordnung vom 3. November erhaltene Ermächtigung an die Landesregierungen verlängert, wonach für Wahlerhebungen Ausnahmen zulässig sind, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 stattfinden.

### Entschließung des Reichsrats

Berlin, 19. November.  
Der Reichsrat stimmte in einer Plenarsitzung der Ausschluß-Entschließung zur preußischen Frage zu.

Der erste Teil der Entschließung, der die Maßnahmen vom 29. und 30. Oktober als eine grundlegende Veränderung des inneren Kraftverhältnisses bezeichnet und die Behauptung der Gleichgewichtsänderung verlangt, wurde mit 54 gegen 7 Stimmen bei fünf Stimmenthalten angenommen.

Der zweite Teil der Entschließung, nach dem die Entschlüsse zur Verfassungsergänzung nach der Verabschiedung im Kabinett den Ländern zugestimmt werden sollen, wurde einstimmig angenommen.

### Verstärkter Konflikt Kabinett Braun will im Landtag sprechen.

Berlin, 20. November.  
Das preußische Kabinett Braun beabsichtigt sich in einer mehrstündigen Sitzung mit der veröffentlichten neuen Notverordnung über den Konflikt zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung. Als Ergebnis der Kabinettsitzung wird folgendes offizielles Communiqué von der Regierung Braun veröffentlicht:

„Die preußische Staatsregierung stellte in ihrer Staatsministerialentscheidung einstimmig fest, daß die auf Antrag der Reichsregierung erlassene Verordnung auf Grund von Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung dem Wortlaut und Geist der Entschließung des Staatsgerichtshofs nicht entspricht. Ministerpräsident Dr. Braun wird in der nächsten Vollziehung des Landtags am Donnerstag, den 24. November, zu der dadurch geschaffenen Sachlage Stellung nehmen.“

### Hittler bei Hindenburg

Einstündige Unterredung unter vier Augen.

Berlin, 20. November.  
Die Parteiführerempfang beim Reichspräsidenten nahmen am Samstag ihren Fortgang. Die erste Besprechung fand mit Adolf Hittler statt, die eine Stunde und zehn Minuten dauerte.

Auf der Seite Hittlers hat niemand weiter an ihr teilgenommen; sie vollzog sich zunächst zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hittler unter vier Augen. Gegen Schluß der Unterredung wurde dann Staatssekretär Weizsäcker zugezogen. Der Inhalt der Unterredung errietete sich auf eine Darlegung der gegenseitigen Auffassungen. Da die Besprechungen noch nicht abgeschlossen sind, werden sie in dieser Woche fortgesetzt.

Wenn auch der Zeitpunkt der Verhandlung geheimgehalten worden war, kamen sie doch schon in den

ersten Vormittagstunden Schauluftige vor der Reichskanzlei und vor dem Hotel Kaiserhof an. Die Polizei hatte keine größeren Absperrungen vorgenommen, sondern sorgte nur dafür, daß der Fahrzeug und die Einfahrt zur Reichskanzlei frei gehalten und der Verkehr nicht gestört wurde. Kurz vor 11 Uhr fuhr dann der Wagen des Reichstagspräsidenten Göring vor der Reichskanzlei vor. Göring hielt sich jedoch nur eine knappe Viertelstunde bei Staatssekretär Weizsäcker auf und kehrte dann in den Kaiserhof zurück. Kurz vor 11:30 Uhr erschien Adolf Hittler in Begleitung Görings vor dem Hotel und begab sich im Wagen in die Reichskanzlei. Die Menge brach auch jetzt wieder wie schon bei dem Erscheinen des Reichstagspräsidenten Göring heftige Rufe aus.

### Zusammenkunft Schleicher — Dittler

Gerichtsweise — vor allen Dingen in Gündelstraße — verlautet, daß der Reichswehrminister General von Schleicher dem Reichspräsidenten den Vorschlag gemacht habe, Hittler zum Reichspräsidenten zu ernennen. Diese Gerüchte werden als falsch bezeichnet.

In Wirklichkeit hat nach dem Ansicht Hittlers in Berlin eine Unterredung zwischen dem General von Schleicher und Hittler stattgefunden.

Es ist im Anschluß an diese Unterredung auch die Besprechung aufgefallen, daß Hittler bereit ist, zu Gunsten des Reichswehrministers auf das Amt des Reichskanzlers zu verzichten. Auch diese Unterredung wird von maßgebender Stelle als reine Kombination bezeichnet.

Nach Beendigung der Parteiführerempfangungen bei Hindenburg wird jetzt die Fühlungnahme der Parteien untereinander erfolgen. Dabei gilt es als sicher, daß vor der gemeinsamen Verhandlung Besprechungen zwischen einzelnen Parteien, vor allem zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, erfolgen werden, die bei den Parteien reichlich optimistisch betrachtet werden.

### Die erste Etappe abgeschlossen

Mit dem Besuche des Staatsrats Schäffer für die Bayerische Volkspartei ist die erste Etappe der Besprechungen abgeschlossen, und der Reichspräsident wird sich dann in den nächsten Tagen über sein weiteres Vorgehen (schlüssig) werden. Die Unterredungen des Reichspräsidenten bewegen sich jetzt wohl vor allem in der Richtung, ob er bereit ist im nächsten Stadium mit den Parteien verhandelt, oder ob er einen Mann seines Vertrauens auswählt, der die weiteren Verhandlungen in seinem Auftrag zu führen hätte. Nach Auffassung unterrichteter politischer Kreise sind beide Möglichkeiten gegeben.

Hittler selbst hat nicht die Absicht, nun von sich aus mit den anderen Parteien direkte Verhandlungen aufzunehmen.

Das scheint sich in seiner Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten ergeben zu haben.

Das wesentlichste Resultat der Besprechung zwischen ihm und dem Reichspräsidenten dürfte darin zu sehen sein, daß die Fühlung mit ihm noch nicht zu Ende ist. Es ist bekannt, daß die Auffassung des Reichspräsidenten und die Adolf Hittlers über die innenpolitische weitere Entwicklung voneinander abweisen.

Der Verlauf der ersten Besprechung hat aber auf alle Fälle die Möglichkeit zu einer Fortleitung der Fühlungnahme noch offengelassen.

### Erfolge der Arbeitsbeschaffung

Mehrbeschäftigung von mehreren hunderttausend Erwerbslosen.

Berlin, 20. November.  
Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung haben neben den sonstigen Mitteln zur Belebung der Wirtschaft den Arbeitsmarkt merklich entlastet. Die Zahl der Arbeitslosen, die im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden, hat jetzt bereits 250 000 überstiegen.

Der erste Abschnitt des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 135 Millionen RM, das die Reichsregierung sofort nach ihrem Amtsantritt entworfen hat, ist in voller Durchführung begriffen.

Die 135 Millionen RM, die als Darlehen für Straßenbauten, Wasserbauten und landwirtschaftliche Meliorationen zur Verfügung gestellt waren, sind bis auf einen kleinen Rest an die Träger der Arbeiten vergeben; zu ihnen treten noch mehrere Hunderttausende der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von etwa 25 Millionen RM, die der Erparnis an Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Mit diesen Mitteln sind bisher insgesamt 10 Millionen Arbeitertage gemerkt für Arbeitslose bereitgestellt worden.

Auch die Arbeiten an dem zweiten Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 207 Millionen RM sind zum Teil bereits im Gange oder werden in nächster Zeit begonnen.

Dieser Abschnitt umfaßt u. a. Straßenbauten, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung und tierärztliche Kleinheilkunde, den Bau von Eigenheimen und sonstige Aktion zum Bauwesen veranlaßt Schiffbau und den Bau von Frühlingslagern. Soweit diese Arbeiten als Hilfsarbeiten oder im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes auszuführen werden, treten auch hier noch der

lorense Zuschüsse aus Mitteln der Reichsanstalt hinzu.  
Nach den Ergebnissen der bisherigen Maßnahmen kann man damit rechnen, daß sich hier zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in Höhe von weiteren 15 Millionen Arbeitslosenangeboten ergeben.  
Für das notleidende Baugewerbe ist neben der Förderung des Baues von Eigenheimen und der vorläufigen Arbeitsbeschaffung ganz besonders wertvoll die Synchronisation des Reichs für die Durchführung der Instandsetzungsarbeiten. Hierfür stehen 50 Millionen RM zur Verfügung, die durch Mittel, welche die Hausbesitzer selbst aufbringen, noch erheblich vergrößert werden. Zur Förderung des Eigenheimbaues hat übrigens auch der Vorstand der Reichsanstalt laut Beschluß vom 10. November 1932 noch 5 Millionen RM aus Mitteln der Grundförderungs (erparierte Arbeitslosenunterstützung) bereitgestellt.

Von größter Bedeutung ist endlich für wichtige Teile der Wirtschaft die Bereitstellung zusätzlicher Arbeiten durch die Reichsanstalt und die Reichspost in Höhe von über 300 Millionen RM, die zum großen Teile ebenfalls schon im Gange sind.

Die Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms werden zum großen Teil als öffentliche Notstandsarbeiten oder im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt. Den Arbeitslosen liegt die wichtige Aufgabe ob, aus den Reihen der Arbeitslosen die Arbeitskräfte, die für die Ausführung aller dieser Arbeiten benötigt werden, auszuwählen und den Arbeiten zuzuführen. Um die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen zugute kommen zu lassen, soll ein Arbeitsloser nicht länger als ein Vierteljahr bei diesen Maßnahmen beschäftigt werden. Bei der Auswahl der Arbeitskräfte nach sozialen Gesichtspunkten sind Arbeiter stärker insbesondere auch langfristige Arbeitslose bevorzugt.

In ihrer Gesamtheit genommen bedeuten diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Mehrbeschäftigung von mehreren hunderttausend Arbeitslosen, wenn man nur die unmittelbare Beschäftigung berücksichtigt.

Mindestens ebenso wichtig ist aber die weitere Auswirkung dieser Maßnahmen, die zusammen mit der Ausgabe der Steuerzulage in Höhe von insgesamt 2,2 Milliarden RM zu einer nachhaltigen Belebung der Wirtschaft in weitem Umfang führen muß.

## Kein neues Moratorium

Hoover im Schatten von Roosevelt.

Washington, 20. November.

Am 15. Dezember wird wiederum ein Kriegsschuldenrate fällig, die die alliierten Schuldnerländer an Amerika zu zahlen haben. Die Frage war, ob der bisherige Brauch entsprechend, aus diesmal wieder die Vereinigten Staaten einer Verlängerung des Moratoriums zustimmen würden, so daß praktisch das Hoovergesetz bis zur endgültigen Klärung der Kriegsschuldenfrage wirksam bliebe. Hoover, der bis zum Frühjahr als Präsident amtiert, hätte zu einer solchen Regelung durchaus während seiner Amtsübernahme entsprechende Vollmachten. Aber auch er knüpft an die alte Tradition an, von dem Augenblick ab, wo praktisch die Wahl seines Nachfolgers entschieden ist, nichts ohne Einvernehmen mit diesem Nachfolger zu unternehmen.

Kommt es zu einem solchen Einvernehmen nicht, dann bliebe nur der Appell an den Kongress, durch den gleichzeitig die Verantwortung dem Kongress zugehoben würde.

Jedenfalls hat Hoover nach seiner Rückkehr nach Washington in langen Besprechungen mit den Finanzministern und auch mit den Führern der republikanischen Partei, die im alten Kongress über die Weidrecht verfügt, klargestellt, daß ein weiteres Entgegenkommen in der Schuldzahlung, praktisch also eine Verlängerung des Hoovermoratoriums, für die Alliierten nicht zweckmäßig wäre und darum nicht in Frage käme. Da aber der Kongress ebenfalls für ein neues Moratorium nicht zu haben ist, werden die alliierten Schuldner, vor allem Frankreich, England, Belgien, Italien und Polen, gezwungen, am Stichtag ihre Zahlungen zu leisten. Wenigstens ist Hoover der Ansicht, daß die Zinsverpflichtungen, die über 90 Millionen Dollar, also rund 400 Millionen Mark ausmachen, innegehalten werden können, wenn aber nicht, dann müßten die Schuldnerländer sich offen als „in Verzug geraten“, gewissermaßen als forturs erklären.

Mit dieser Einstellung überläßt Hoover praktisch die Verantwortung für alles Gelingen seinem Nachfolger

Roosevelt, in dessen Schatten zu operieren er gezwungen ist.

In dieser Woche soll Roosevelt bei Hoover erscheinen, um mit ihm die Gesamtlage durchzusprechen. Die Frage ist noch offen, wie der nicht wiedergewählte Präsident sich zum Kongress stellen wird, ob er dem Kongress Halt machen und daher auch die Initiative zu allen Regierungsschritten zu ergreifen habe oder ob er dem Kongress gewissermaßen ein Testament hinterläßt, in dem er offen für eine bestimmte Regelung plädiert, wobei wiederum das letzte Wort bei den Kongressmitgliedern liegen würde.

In jedem Fall ist durch den Ausgang der Präsidentenwahlen in Amerika bis zum Frühjahr eine gewisse Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten, auf die nach Hoffnung vieler Kreise eine Aktivierung folgen wird, die nicht zuletzt der wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommen werde.

## Deutsche Tageschau

Anteiligen der schwedischen Reichsdoll.

Die schwedische Schuld des Reiches ist im Oktober um rund 36 Millionen auf 1792,9 Millionen RM gestiegen. Die Zahlungsverpflichtungen des Reiches aus der Begebung unversicherter Schatzanweisungen erhöhen sich um 5 Millionen auf 1055,4 Millionen RM, der Umlauf an Reichsdollars um 4,4 Millionen auf 400 Millionen RM. Kurzfristige Darlehen und Verpflichtungen aus früheren Anleiheoperationen betragen un verändert 32,9 Millionen und 4,4 Millionen RM. Die Schatzanweisungen zum Zweck von Sicheheitsleistungen haben sich von 272,8 Millionen auf 299,2 Millionen RM erhöht. Die dem Zahlungsfonds zur Rückzahlung des Ueberbrückungskredits aus dem Jahre 1930 zugeführten unversicherten Schatzanweisungen belaufen sich auf 383 Millionen RM.

Nosse wird nicht aberufen.

Von zuständiger Stelle werden Mitteilungen über neue Personalveränderungen in Preußen demittiert. Insbesondere entbehre die Nachricht, daß der Oberpräsident Nosse aberufen werden solle, jeder Grundlage. Oberpräsident von Bismarck in Schneidemühl erreichte am 1. April nächsten Jahres die Altersgrenze, und schon aus diesem Grunde ist eine Veränderung notwendig. Das Ministerdirektorium beantragte, in die Hände der obersten Richter, die Sache nicht zur Erörterung.

Eine anhaltliche Notverordnung.

Das anhaltische Staatsministerium erläßt eine Notverordnung, monach es die bedingte Begnadigung, die bisher ausschließlich dem Staatsministerium zustand, in die Hände der obersten Richter legt. Das Begnadigungsgesetz des Staatsministeriums bleibt im übrigen unberührt.

Kommunistische Terrorpläne?

Die Berliner „Kreuzzeitung“ berichtet in sensationeller Aufmachung über angebliche Terrorpläne der Kommunisten, die am 14. August in einer Sitzung des Moskauer Politbüros erörtert worden seien. In dieser Sitzung soll, wie das Blatt behauptet, auch Stalin teilgenommen haben.

## Vorbereitung zum Hochverrat

Kommunistische „I-Gruppe“ vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 20. November.

Der vierte Strafakt des Reichsgerichts verhandelte gegen sieben Kommunisten aus Gelsenkirchen und sprach folgendes Urteil:

Der Kolonnenführer Hermann Bude wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen das Schutzpatent und Kriegsgerätee Gesetz verurteilt, drei Angeklagte erhielten wegen Vorbereitung zum Hochverrat Festungstrafen in Höhe von 1 Jahr und 1 Monat bis zu 1 Jahr und 6 Monaten. Sämtlichen Beurteilten wurde die Ueberzeugungsfähigkeit zugestimmt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Angeklagten gehören der neugegründeten sogenannten „I-Gruppe“ der Kommunisten in Gelsenkirchen an, die nach Auffassung der Polizei zur Ausführung politischer Terrorakte bestimmt war. Die Polizei hat ihr in kurzer Zeit 21 Straftaten nachweisen können, von denen das Gericht eine zu verhandeln hatte.

In der Nacht vom 29. zum 30. September 1931 wurde das kommunistische Flugblatt „Meteuerer der Berliner Schupo“ an allen Polizeirevierern in Gelsenkirchen durch zwei Arbeitkolonnen angeteilt. Bei dem jugendlichen Führer der

einen Kolonne wurden bei einer Hausdurchsuchung 30 Sprengkapseln sowie 25 Gewehrpatronen beschlagnahmt.

Die sieben Angeklagten bekamen sich als überzeugte Kommunisten, stritten jedoch die Tat ab. Das Gericht hielt aber vier Angeklagte für überführt.

## Zuchthaus für Opione

Der erste Strafakt des Kammergerichts in Berlin verhandelte am 17. und 18. d. M. gegen sechs Angeklagte wegen Zuhälterhandlung gegen das Reichsgesetz gegen den Betrug militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914.

Es wurden verurteilt wegen vollendeten Verbrechens der Landwehr Major Sulek aus Stramitz und der frühere Reichswehrunteroffizier und spätere Postkammerherr Georg Dorwerr aus Geben, der erste zu acht Jahren Zuchthaus, der zweite zu zehn Jahren Zuchthaus. Ferner wegen verurteilten Verbrechens der Landwehr Major Sulek in Anstanz zu drei Jahren Zuchthaus, der Feldjägergehilfe Johann Sulek aus Berlin zu zwei Jahren Gefängnis; schließlich wegen Untüchtigkeit von Beziehungen zu politischen Tätern der ehemalige Reichswehrobergefreite Robert Seifert aus Jülich zu vier Jahren Gefängnis, der Bürohilfsarbeiter August Hanjache aus Wartenberg zu drei Jahren Gefängnis. Gegen die Angeklagten Major Sulek und Dorwerr wurde außerdem auch auf zehn Jahre Ehrverlust erkannt. Auch Zulässigkeit der Polizeiaufsicht wurde ausgesprochen.

Die Angeklagten Major Sulek und Dorwerr hatten deutsche Reichsangehörige von politischen Tätern zum Zweck der Verwendung im politischen Spionagegeschäft zugeführt, sowie den politischen Behörden geheimhaltende Nachrichten über die deutsche Wehrmacht überbracht. Die anderen Angeklagten hatten sich in ähnlicher Weise betätigt, ohne daß es zur Vollendung eines Verbrechens gekommen war.

## Wirtschaft der Woche

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat vor der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels betont, daß die bisherige Reichsregierung mit ihrem Wirtschaftsprogramm den richtigen Zeitpunkt für Großleistungen in den Belangen, für Belebung auf den Kreditgebieten und die Beschäftigung einer neuen Wirtschaftsklasse gefunden habe. Diese Auffassung kann sich nicht nur immer wieder auf neue statistische Angaben, sondern auch auf Zustimmung aus den Kreisen der Wirtschaft stützen. Wenn sich heute Städte wie Frankfurt a. M. und Köln sowie diejenigen Gemeinden, die besonders schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, in Zahlungschwierigkeiten befinden, so werden ein Hypothekemoratorium bis zum 1. April nächsten Jahres verhängt werden müssen, und wenn schließlich Unternehmungen die Verluftwirtschaft der letzten Zeit erkennen lassen, so sind diese und ähnliche Vorgänge als Auswirkungen der vergangenen Krisenjahre anzusehen. Bemannungsberichte hat im Oktober die deutsche Einfuhr wie auch die Ausfuhr um je 38 Millionen Mark zugenommen, so daß der Ausfuhrüberschuß mit 84 Millionen Mark stabil geblieben ist. Die Ausfuhrleistung, die nach der Erörterung des Reichstages über das ein jahrelanges Ausmaß hinausgeht, stellt die Lasten unter Beweis, daß die deutsche Wirtschaft nach Kräften bemüht ist, trotz aller handelspolitischen Erschwernisse ihre Stellung am Exportmarkt zu behaupten. Die gleichzeitige Einfuhrleistung, die sich auf sämtliche Warengruppen erstreckt, deutet zweifellos auf konjunkturelle Verbesserungsansätze hin.

Und die Einstellung in den Kreisen der Wirtschaft? Gehelmt Peter Klöner hat sich bei seinen jüngsten Besuchen in der Generalversammlung der Klönerwerke ganz besond. optimistisch über die Entwicklungsmöglichkeiten der Montanindustrie wie auch der Gesamtwirtschaft ausgesprochen. Besonders beachtenswert ist sein Hinweis darauf, daß die Klönerwerke seit April dieses Jahres aktiv gearbeitet hätten und daher betriebsmäßig kein Grund für eine Verschlechterung zu sehen wäre. Die Belebung zeige sich heute bereits in einem stärkeren Absatz für Rohstoffe (auch für Zunder, Zunder, in einem stärkeren Absatz für Rohstoffe und Zunder, in einem vermehrten Nachfrage im In- und Ausland für Schrott bei steigenden Preisen und auch in einer leichten Besserung der Auftragslage in Stahlwerkzeugen. Ohne Bagagem und ohne eine einschlägige, wenn auch vorläufige Beurteilung der geistlichen Möglichkeiten läßt sich diese Krise die nicht nur nach der Materie, sondern auch nach der psychologischen Seite die Wehrkraft und den

„Der Herr wollte nachher nochmals kommen.“ lagte sie mit unklarer Stimme  
„Der Herr war nicht lange nach zwölf Uhr, als es von neuem klingelte.“

„Herr Major jetzt da?“  
„Sie bejahte die Frage des Besuchers und war ihm behilflich, den Mantel abzulegen. Sein Spiegel sah sie kein Gesicht; es war recht verbleit, und der Ausdruck in seinen tiefen, dunklen Augen, die sie einlief, so heilig geliebt, gefühlte ihr nicht! Nur ein tödlich gleichgültiger, uninteressanter Blick streifte sie, die unheimliche, graue Berlin, die da Dient hat. Sie öffnete die Tür zum Herrenzimmer, meldete „Herr von Loop“ und ließ den Besucher eintreten.“

Nach kurzer Zeit klingelte der Major. Er sah ihr den Wangen eine glatte Fortwahn zu bringen. Sie schritt in den Nebenraum, in das Zimmer zu mühen! Die Herren waren in lebhafter Unterhaltung begriffen, und Herr von Loop achtete gar nicht auf sie. Sie letzte die Gläser und die Flasche auf den Tisch und wollte sich stillschweigend entfernen. Doch da fragte der Major, der am Schreibtisch stand und etwas lachte, sie noch einem Buche aus der Hand, ob sie es verleihe beim Staubwischen. Mit bebender Stimme antwortete sie ihm das sie ausgeschlossen, vielmals habe der Major das Buch am Abend mit in sein Schlafzimmer genommen, sie wolle nachsehen.

Der Ton dieser Stimme überredete Ewald von Loop, er hob den Kopf als laufte er einem Fernen, ihm vor früher her vertrauten Klang. Er sah die Wirtin, die er sah, das sah durch die große, dunkle Brille verdeckte Gesicht kam ihm auch so bekannt vor, dann aber schüttelte er den Kopf über sich selbst. Der Gesandte, der sich ihm da anbot, war doch ein Abbild der missglückten Figur dieser älteren Berlin mit dem schmerzlichen, schwerfüßigen Gang auch nur eine Sekunde mit seiner früheren entzückenden Frau in Verbindung zu bringen auf eine flüchtige Verheißung hin. Aber die Erinnerung an seine Ehe war doch, ihn etwas quälend, wieder angefaßt, seine Frau, die er trotz allem nie ozeanen hatte! (Fortsetzung folgt.)

# Was du mir gabst

Roman von Fr. Lehne

(23. Fortsetzung.) (Stadtred. verboten.)

„Ich habe mich umgezogen, als ich herüberkam, Herr Major! Wegen der Antifazung ist nicht die geringste Gefahr. Mit Bertas Komme ist überdies nicht in Verbindung am Angel. Wenn ich diese Nacht aber bei ihr bleiben dürfte?“

„Sie haben schon eine Nacht gewacht, Fräulein Dora! Mir scheint, Sie leben etwas abgeplant aus!“  
„Ich fühle mich ganz frisch, Herr Major! Ein paar Nachtwachen tun mir nichts!“

Und Dora dachte daran, wie viele Nächte sie bei ihrem kranken Kinde gewacht und um seinen Besen gerungen, und es war ihr doch gekommen, worden. Schmerzlich zuckte es um ihren Mund; ein früher Schein lag mit einem Male auf ihrem Gesicht. Es fiel ihm auf, was Dora mochte sie denken? Sinnend blinnte er ihr nach, als sie aus dem Zimmer ging. Ihr Gang war leicht, elastisch, lärgt nicht so schwerfällig wie im Anfang, wo sie den Fuß sogar ein wenig nachgeschleift hatte! Geht, es ist doch schwer, auf die Dauer sich zu wecken, Fräulein Dora, dachte er, gutmütig lächelnd. Was ist du eigentlich, Dora Schröder? Gern müßt' ich's wohl!

IX.

Im stillen wunderte sich Dora, daß Frau von Schönning sich lange nicht hatte leben lassen. Doch noch sonst fällt jeden Tag gekommen war! Was mochte da vorfallen sein? Sicher etwas Schwerwiegendes? Sie stand um die Mittagstunde am Bügelbrett, als es klingelte. Kästje sie sich endlich mal wieder leben? dachte Dora unwillkürlich, als sie zum Öffnen ging.

„Herr Major zu sprechen?“  
Beim Klänge dieser Stimme, beim Bild in das bräunliche, hübsche Gesicht des Besuchers erfaßte es sie wie ein

Schwindel, in ihrem Schreden legte ihr der Herzschlag aus. Wie ein Scherz lag es ihr vor den Augen, als sie mit beinahe verzagender Stimme auf die Frage entgegnete.

„Herr Major wird behuern! Er ist leider ausgegangen!“

Sie hatte lo leise gesprochen, daß er sie nicht verstand und sie ihre Worte wiederholen mußte.

„Um“ — überlegend, etwas unglücklich stand der Besucher da, „wann wird Herr Major zurückkommen?“

„Herr Major wollte bis spätestens zwölf Uhr zurück sein!“

„Dann komme ich um diese Zeit nochmals! Hier inzwischen meine Karte.“

Mit zitternden Händen nahm sie die Veluchkarte entgegen. „Mein Gott, mein Gott!“ flüsterte sie, die Stirn gegen die Wand lehnen, „wenn ich die Karte gebildet hätte, sie ja genützt, aber war ihr entstanden! Diese Begegnung, an die sie nie gedacht! Sie hatte diesen Mann ja ganz aus ihrer Erinnerung ausgelassen! — wie kam er hierher und zum Major? Ein idyller, prächtiger Bild in den kleinen Küchenpiegel lagte ihr ja, daß ein Erkennen von ihm aus beinahe unmöglich war, dennoch war ihr der Schreck in die Glieder gefahren.“  
Schmerzt atmete sie sich auf den Küchentisch. Die ganze Vergangenheit war mit einem Schlag lebendig geworden! So froh war sie gewesen, daß sie einen Zufluchtsort gefunden hatte, sollte ihr der nun wieder genommen werden? Aber nein, sie hatte ja mit jenem Manne gar nichts mehr zu schaffen, er war aus ihrem Leben ausgesittigt, wie sie aus dem seinen! Aber wenn er sie dennoch erkannte? So viel Mitleidlichkeit behag er jedoch, daß er nicht sprechen würde, das mußte sie, höchstenfalls lächelnd, daß sie nicht imstande gewesen war, ihr Leben in andere, höhere Bahnen zu lenken! Er würde es vielleicht als gerechtfertigte Betrachtung, daß sie nicht bei ihm geblieben, sondern aus Trost und Starrsinn von ihm gegangen war!

Der Major kam zurück. Sie mußte ihm ja wohl die Karte geben

Lebensmitteln an den Rand des Elteriums gebracht hat, nicht überwinden. Es ist zweifellos richtig, daß die Schwere der weltwirtschaftlichen Depression vor allem unter dem Einfluß rein politischer Ursachen eine idare Schmäderung der Gesamtproduktverursacht hat, als sie wirtschaftlich betrachtet — vielfach nötig gewesen wäre.

Aber dieser Optimismus darf nicht fehlgeleitet werden. Immer wieder regten sich Stimmungen und fest umrissene Meinungen, die an Stelle des fahlen Beizes einer Wirtschaft der privatrechtlichen Initiative für das Beschreiten staatssozialistischer Stränge einlegten. Neben dem Kreditförderungs- und Arbeitsbeschaffungsplan für die Landwirtschaft, der auf der jüngsten Landgemeindegung von Dr. Berke erneut eingehend entwickelt wurde, hat sich Sir Josiah Stamp, der als internationale Finanzautorität bekannt Direktor der Bank von England, an die Öffentlichkeit mit der Frage gewandt: „Kann der Staat antreteln?“ Stamp kann nicht leugnen, daß ein wiedererwachendes Vertrauen und eine Wiederherstellung der Kapitalbildung gerade wegen aus der Schwierigkeiten herauszuführen, glaubt aber, von Staats wegen so lange „eine Politik des erhöhten Konsums“ betreiben zu sollen, bis die Wirtschaft vor sich aus dem Ausweg zu finden vermag. Stamp vermahnt hier ganz offensichtlich Wirkung und Ursache. Die Wirtschaft liegt um deswillen so lauer hartener, weil ihr in den verengenden Schranken durch die überhöhte öffentliche Belastung die Möglichkeit zur Referenzbildung genommen wurde. Es heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben, wenn man trotz dieser Erfahrungen wieder dem Staat den Vorrang in der wirtschaftlichen Betätigung zuweist, ohne daran zu denken, daß jedes öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm letzten Endes aus Steuermitteln, also zu Lasten der Wirtschaft finanziert werden muß.

## Wie die Kommunen abgebaut haben

Der Gesamtantrag des öffentlichen Bedarfs ist im Laufe der letzten drei Jahre drastisch in Bewegung geraten, wie man es in den glücklichen Zeiten der Scheinkonjunktur nicht ausdenken konnte. Dabei ist man gerade auch an den Block der „jungsläufigen Ausgaben“ am härtesten herangekommen: Zinsleistungen, Gehaltsfaktungen, Wobau ganzer Aufwandsgebiete sind hier die Schwermere. Und die Anwartsung? Der Zuschußbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände ist zwar von 1929 auf 1931 nur um etwa 50 Millionen Reichsmark (von 5,4 auf 4,9 Milliarden RM), 1932 auf 4,5 Milliarden RM), gekunten, immerhin um fast 10 Prozent. Nicht man aber die entzündenden Wohlfahrtsausgaben ab, so ändert sich das Bild ganz wesentlich. Dem Bedarf von 3,8 Milliarden im Jahre 1929 sieht ein solcher von 2,64 Milliarden 1931 gegenüber, das sind gerade 68,5 Prozent, die übrig geblieben sind. 1932 werden vielleicht noch 2,2 bis 2,3 Milliarden, wenn nicht weniger übrig bleiben.

An diesen vom Statistischen Reichsam veröffentlichten Zahlen spiegelt sich die bedeutsame Einschränkung wider, die alle Gemeinden zugunsten der Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit übernehmen mußten, wie auch die Schließung von Krankenhäusern, die Einstellung von Erneuerungsarbeiten für Straßen usw. Ist aber bekannt, daß der Miendentstand allein einen Betrag von 600 Millionen RM im Jahre 1931 ausmachte, halb so viel, wie der Gesamtbedarf (ohne Wohlfahrt)? Man erkennt daraus, wie wichtig die Frage der Zinsentlastung, Umwidmung und Streckung der Tilgungspläne für die Gemeinden geworden ist. In den letzten drei Jahren sind andererseits die Steuereinnahmen gewaltig gesunken, trotz oder gerade wegen der starken Erhöhung der Steuern. Ohne die Bürger-, Bier- und Getränkesteuer, die einen Ausgleich schaffen sollte, aber gerade 400 Millionen RM, die Einnahmen von 4306 Millionen RM auf 3210 Millionen RM, auf 74,5 Prozent zurückgegangen, vorwiegend wegen des starken Rückwärtens der Reichsüberweisungen. Der Wurm, der die Gemeinden sich den Bedürfnissen der Notzeit nicht angepaßt haben, kann also nicht mehr erhoben werden.

## Aus der Heimat und dem Reich.

Kernberg, den 21. November 1932.

**Im Kampf gegen die Winternot** haben die am 1. November erziehenden Wohlfahrtsbriefmarkten große Bedeutung. Ist es doch durch sie möglich, auch kleine und kleinste Beträge mobil zu machen. Die Marken sind bekanntlich vollwertige Postwertzeichen für In- und Ausland. Die kleinen Wohlfahrtsaufschläge sind selbst heute noch für weite Kreise tragbar und summieren sich zu stattlichen Beträgen, mit denen manche bittere Not gelindert werden kann. Bereits im vorigen Jahr sind viele Privatleute, Firmen, Vereine dazu übergegangen, an bestimmten Tagen ihre Korrespondenz mit Wohlfahrtsbriefmarkten zu frankieren. Die ansprechenden Motive der Markenbilder werden in diesem Winter weit Kreise neu gewinnen. Es sind diesmal Jungen und Schöpfer als charakteristische Wahrsprüche deutscher Landshäfen in schönem Staffstil dargestellt: die 4 Wg.-Marke (Wartburg), die 6 Wg.-Marke (Schloß Stolzenfels), die 12 Wg.-Marke (Burg Nürnberg), die 25 Wg.-Marke (Schloß Stolzenfels) und die 40 Wg.-Marke (Schloß Wartburg). Die Verkaufserlöse tragen ein schließlich der Wohlfahrtsaufschläge 6, 10, 15, 25 und 40 Wg. Als Wohlfahrtspostkarte dient die Hindenburgkarte mit angebrachter 6 Wg.-Marke (Zamenzentrum). Marken und Karte haben bis zum 30. Juni 1933 Gültigkeit. Sie sind im Reichsbank-Winterberg, Zimmer Nr. 7, zu haben.

**Die zu Gunsten unserer Kriegesgräber veranfaltete Sammlung** hat in Kernberg den Betrag von 61.40 RM ergeben. Allen Gebeten sei hierdurch herzlich gedankt. Verfassers aber danken wir den acht jungen Damen, die sich in selbstloser Weise der Mühe des Einnehmens unterzogen haben.

**Krieger- und Landwehrring und Krieger-Verein.** Wie uns mitgeteilt wird, teiert unser Wirtin Hermann Schirmer am 23. November seinen 83. Geburtstag. Wir gratulieren an dieser Stelle herzlichst und wünschen ihm einen zufriedenen Lebensabend.

**Vom Gefährdungsverein Kernberg** erlangt Zuchtleger Joh. Eise, Kolonie Osnick, auf der Mitteldeutschen Schau in Jertzit am 6. November 1932 folgende Preise: 1 mal sehr gut, 2 mal 2 mal gut, und auf der Landes-R.F. Verbands-Schau in Dessau am 13. November 1932 1 mal sehr gut, 1 Ehrenpreis und 2 mal gut auf Brünner Kröpfer-Tauben.

**Gilenburg.** Vater und Sohn mit dem Motorrad tödlich verunglückt. Auf der Staatsstraße Leipzig-Gilen-

burg fuhr am Dienstag Abend ein mit zwei Personen besetztes Motorrad gegen ein haltendes zweispänniges Rollfuhrwerk. Die Maschine wurde beim Anprall völlig zerstört. Die beiden Fahrer, ein Dachbeder aus Gilenburg und sein Vater, die nach Beledigung verkehrstlicher Angelegenheiten nach Gilenburg zurückfahren wollten, waren auf der Stelle tot.

**Falkenberg bei Troßitz.** 19. November (Nächtige Röhre). Zwei Röhre in tiefen kleinen Landwirtschäften lieferten an 260 Melktagen 5620 bzw. 5449 Liter Milch mit 228 bzw. 183 kg Milchfest.

**Rahwinkel.** (Ein Chevar acht in den Tod.) Der Landwirt Karl Jeh und dessen Ehefrau wurden in der Scheune erhängt aufgefunden. Man nimmt an, daß die Lebensmüden aus wirtschaftlicher Not in den Tod gegangen sind. Sie hinterließen zwei unterjährige Kinder im Alter von sechs und neun Jahren.

## Arbeitsdienst-Ausbildung

Im Auftrag fand in Gieleben ein Arbeitsdienst der Mansfelder Volkshaus statt, der zu einer eindrucksvollen Auszubildung gemeinsamen Aufstehens im Sinne:

**Arbeitsdienst nicht als Varietät, sondern nur für das ganze Deutschland.** wurde. Die Veranstaltung wurde von weit über 100 Vertretern der Träger des Arbeitsdienstes, des Stahlheimes, Wehrwols, Reichsbanners, des D.V.V., des G.D.V., u.v.m., ferner Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft und Behörden besucht. In der Sitzung sprach Privatdozent Dr. Mathes von der Universität Halle über den Sinn und die Bedeutung der Arbeitslagerbewegung.

Der Mansfelder Sekretär hat bisher 16 Arbeitslager geschaffen. 26 weitere werden in allerhöchster Zeit eröffnet werden. Er sieht damit im gesamten Reich an der Spitze.

## Eine Schiefer abgebrannt.

Die Nacht zum Freitag hatte bereits ein Großfeuer eine Scheune des Ritterguts Jöhpen in Asche gelegt. Am Sonntag abends auf dem Rittergut Obernig ist die Schiefer bis auf die Grundmauern nieder. Nur dem energischen Eingreifen der Feuerwehren, die mit zwölf Strahlrohren den Flammen zu Leibe ging, ist es zu danken, daß die benachbarten Häuser des Dorfes geteilt werden konnten. Die Scheune wurde rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Dagegen wurden größere Steinblöcke verbleibt. Auch bei diesem Großfeuer wird Brandstiftung vermutet.

## Streit um das Gymnasium.

**Sorgen.** Die Stadtratsmitglieder besaßen in ihrer letzten Sitzung die Umwandlung des Gymnasiums in ein Reform-Realgymnasium. Der Magistrat, der die Sache vertrat haben wollte, erklärte sich aber in einer nach der Stadtratsordnenung abgehaltenen Sitzung mit 5 gegen 2 Stimmen gegen den Stadtratsbeschluss.

**Größ (Rr. Wierfeld).** Ein Nord aufgedeckt? Ende September fielen ein Labrador im „kleinen Felde“ beim Ausschleichen einer Rangierlokomotive in 40 Zentimeter Tiefe auf ein menschliches Skelett. Nach den Ermittlungen handelt es sich um die Gebeine eines vor mehr als 50 Jahren verstorbenen Mannes. Das eingeleitete Verfahren ist aber wegen Verjährung eingestellt worden.

**Malchen.** Der Saal durchschiff bei Altleben macht weiter bedeutende Fortschritte. Schon jetzt tritt die Kanallinie deutlich zutage. Die Arbeiten sollen im Frühjahr zu Ende geführt sein.

**Strohgrößen (Rr. Merseburg).** Unter der Spreu kam der auf dem Rittergut beschäftigte Oberhewer Richard Marx ums Leben. Beim Futterfressen wurde er von nachfürenden Spreumassen verbleibt, so daß er erstickte.

**Leuchern (Rr. Weipenfelz).** Auf dem Bahnhöper in der Nähe der Dreißigbrücke fanden Bahnarbeiter die verblühte Leiche eines älteren Mannes. Die Personalien des Toten konnten nach nicht festgestellt werden. Allen Anschein nach hat er sich auf die Schienen geworfen.

**Ein Spornstiefenleger führt 20 Meter tief.** Naumburg. Vom Dache eines Hauses auf dem Einberinger stürzte der Spornstiefenleger Schra der aus etwa 20 Meter Höhe ab. Er konnte während des Fallens ein Teil ergreifen und hierdurch die Wucht seines Sturzes abschwächen. Auffälligerweise fragte sich hier jedoch auf Baden und Kopf. Er wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

**Wieder ein Feldhüter angeschossen.** Naumburg (Rr. Merseburg). In der Rammberger Feldflur wurde der Gemeindefeldhüter von Wildschützen angeschossen die Felanen jagten. Die Fater sind unerkannt entkommen.

**Bad Pürenberg.** Mit dem Trommelrevolver brach die Schreier eines Gewerkschaften einen Schuß in die Herzgegend und besetzte sich schwer. Man glaubt, daß die Tat ihren Grund in einem Verhältnis hat, das sie mit einem anderen Manne unterteilt.

## Den Bruder erschlagen

**Höhen (Rr. Weipenfelz).** Hier erschlug der Steinmetz Alfred Schumann im Streit seinen Bruder Emil. Der Streit entstand, weil der Vater aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen und hierher kam nur zur Verurteilung überlebende Ehefrau mitnehmen wollte. Als ihm das verweigert wurde, wurde er gegen seine alten Eltern, vor allen gegen die Mutter, tätig. Auf die Hilfe trat sein Bruder Emil hinzu, den er mit einem Eisenstück niederschlug. Emil Schumann wurde mit einer schweren Schädelverletzung in das Krankenhaus nach Weipenfelz gebracht, wo er verstarb, ohne das Verbleiben wiedererlangt zu haben. Alfred Schumann wurde verurteilt.

## „Kolligtem“ für Beamte

**Dessau.** Zwischen der Anhaltischen Staatsregierung und Vertretern der Beamtenenschaft fanden im Ministerium Verhandlungen zu dem Zwecke statt, das sogenannte Kolligtem bei der Gehaltszahlung für die Beamten einzuführen.

Bisher erhielten die anhaltischen Staatsbeamten ihr Monatsgehalt im voraus. Die Regierung beabsichtigt nun, die Zahlung derart zu gestalten, daß das Gehalt in der Zeit von acht Monaten nicht am 1., sondern am 5. im Februar, am 1. im März, am 13. im April usw. gezahlt wird, so daß innerhalb von acht Monaten ein Monatsgehalt eingezahlt sein würde. Damit würde dann aus der Vorauszahlung eine Nachzahlung geworden sein. In

Gewinnansatz	
2. Klasse 40. Preußisch-Eiddelbacher Staats-Lotterie.	Nachdruck verboten
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zahl gleicher Nummer in den beiden Spielungen I und II	
1. Spielungstag	18. November 1932
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen	
2 Gewinne je 5000 M. 52205	
3 Gewinne je 2000 M. 1513 35393 37520	
4 Gewinne je 1000 M. 156327 157216	
5 Gewinne je 500 M. 22227 24441 52425 109707 133887 134609	
171306 174115 185556 234874 280028 302720 320380 324856 352527	
30120 30121 30122 30123 30124 30125 30126 30127 30128 30129	
97577 119405 130950 144272 283976 310359 328363 357106	
40 Gewinne je 400 M. 12297 12047 25577 55863 66258 246819	
67223 70032 102424 109174 118138 124828 130757 152119 238819	
239386 334730 335879 348823 361357	
In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen	
2 Gewinne je 10000 M. 11830	
3 Gewinne je 5000 M. 2423 3933	
6 Gewinne je 2000 M. 7770 96897 230711	
8 Gewinne je 1000 M. 30092 38383 352630	
20 Gewinne je 500 M. 10677 18002 56201 64256 67986 125200	
15581 27413 31227 35243	
42 Gewinne je 200 M. 23776 22758 68645 69781 131426 154130	
127246 150687 192293 208111 188553 220830 246941 251611 271130	
169806 236464 258339 337416 385774 387810	
40 Gewinne je 100 M. 16104 22887 33796 50038 70404 138338	
32017 177038 180849 200876 224889 262169 271192 321456 334246	
264946 266067 298607 378739 394708 395182 397130	
2. Ziehungstag	19. November 1932
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen	
4 Gewinne je 10000 M. 72366 147728	
5 Gewinne je 5000 M. 308092 345758	
2 Gewinne je 2000 M. 202041	
15 Gewinne je 1000 M. 75514 87112 178459 195426 283795 335089	
36428	
26 Gewinne je 500 M. 31622 81030 112482 119436 127140 266165	
277226 284847 323386 340487 343041 350393 383595	
38 Gewinne je 200 M. 63484 76286 98170 98915 90117 96438	
120269 132249 137865 161323 202329 221567 27120 298100 327035	
370781 338960 341797 363855	
40 Gewinne je 100 M. 7616 19472 39114 44781 76914 76745	
88846 1098 139274 154698 184744 189042 124847 18311 183700	
237331 236780 255756 264589 276467 283941 288590 295903 326876	
320131 321172 323889 326933 328529 330820 332488 335122 336364	
In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen	
2 Gewinne je 50000 M. 120743	
2 Gewinne je 10000 M. 214721	
4 Gewinne je 5000 M. 209532 297664	
6 Gewinne je 2000 M. 143305 332041 363433	
8 Gewinne je 1000 M. 204851 31060 326240	
24 Gewinne je 500 M. 85194 126811 16716 215424 216150	
230278 263973 295472 316955 331856 337293 337814	
40 Gewinne je 100 M. 42924 43764 64891 6148 83726 81866	
113651 114491 149393 149004 232391 247959 251677 255948 258458	
114058 132707 174124 302269 381363	
68 Gewinne je 50 M. 18603 3146 36997 41008 49789 82544	
120258 140586 186857 186838 161534 192941 208611 228973	
232071 266788 273101 309408 326821 328651 358853 363964	
381440 395085 398273 392587 396444	

Die Ziehung der 2. Klasse der 40. Preußisch-Eiddelbacher Staats-Lotterie (288. Preuß.) Staats-Lotterie findet am 14. und 15. Dezember 1932 statt.

Wirksamkeit tritt eine Verzögerung der Bezüge nicht ein. Anhalt folgt damit dem Beispiel anderer Staaten.

**Schne e Winter eines jungen Mannes.**

Während der Zeit in der Neuen Reichs-Lotterie haben den Gewinnmachern ein Zufall, die erst seit dem Frühjahr verbleibt, zu einer Auseinandersetzung. Die Frau verzerrte sich, Geld von den Verwandten für die Wirtschaft zu holen. Darüber geriet Huth so in Erregung, daß er zum Revolver griff und seine Frau durch einen Schuß in den Hals schwer verbleibt. Als er sah, daß er angezweifelt hatte, ließ er sich ebenfalls eine Kugel in den Hals und verbleibt sich schwer. Beide wurden nach dem Seelener Krankenhaus gebracht. Die Frau erwartet in den nächsten Tagen die Wiederkehr.

**Wintersberge (Othar).** Ein Bergwerkstollen kürzt ein. Am Otharstollen kürzte ein Teil des unter der Straße entlang führenden Stollens ein. Der Verbleib wurde dadurch lagerngelegt. Die Instandsetzungs- und Aufwärmungsarbeiten werden von Bergleuten vorgenommen.

**Der Widerer gefaßt.**

Die Nationalsozialistischen Arbeitsdienst. Schönbecker. Die Nationalsozialisten haben für 50 junge Mitglieder einen Freiwilligen Arbeitsdienst eingerichtet, der zwei Gräben, den Randelgraben und den Stollengraben, regulieren wird. Die Arbeit ist auf die bei den Arbeitsdiensten übliche Dauer von 20 Wochen bemessen. Die Dienstwilligen sind in einem Heim in Bad Salzungen untergebracht.

**Gewiß (Rr. Verhoff I).** Tödlischer Zusammenstoß. Auf der Chaussee nach nach Seibitz fuhr der Kraftwagenführer Herbst mit seinem Motorrad am Ende der Straße haltenden unbenutzten Dreiradwagen auf. Der Führer des Dreirades, der gerade den Motor reparierte, wurde so schwer verbleibt, daß er kurz nach dem Zusammenstoß starb. Herbst erlitt einen Schädelbruch und kam nach Magdeburg ins Krankenhaus.

**Explosion in der Aborigene.**

Leipzig. In einem Hause in Leipzig-Kleinziechener hatte ein Schloffer, um Ungeschieß zu vernichten, Salzsäure in die Abortgrube gegossen. Darauf entzündeten sich Gas, durch die eine Explosion hervorgerufen wurde. Am Hof wurde der Grubenboden mit dem Kratz aus der Erde gerissen und eine Fensterreihe zerstört. Der „aufsteigende“ Anhalt der Grube wurde verbleibt.

**Gejangen für König auf Verlangen.**

Gleiba. Der Arbeiter Emil Rhode aus Braun-schweig wurde wegen König auf Verlangen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte am 16. Juni seine Braut Erna Fülle aus Oebitzfelde durch einen Kopfschuß getödtet. Rhode hatte sich darauf auf einen Kopfschuß beigegeben, von dem er nach wochenlangem Krankenzuge so er getödtet.

**Hochingen (Rr. Gardelegen).** Beim Abblaben einer Zuchtmaschine der Landwirt König so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der 63jährige Mann hat einen Wendbruch erlitten.

**Erfolgsgemein beim Ankerbergschwerberung.**  
**Sieburg (Münster).** Mit erheblichen Kopfschmerzen wurde nachts ein Unbekannter aufgefunden und dem Krankenhaus zugeführt. Bei der Untersuchung ermittelte die Obduktion: Scharlachinfektion, daß der Verletzte der Ertragslose Fabrikant aus Vöhrde ist, der aus dem Gefängnis in Göttingen auslief. Man glaubt, daß er aus dem fahrenden Zug sprang und hierbei so schwer verunglückte, daß er erst nach Vernehmungsunfähig ist.

**Herbst. Tod durch Starkstrom.** Auf dem Bahnhof wurde ebenfalls ein Mann, der aus noch ungeklärter Ursache mit der Hochspannungslinie in Verbindung kam, vom Starkstrom auf der Stelle getötet.

**Eingefandt.**

Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Notizen übernehmen wir keine Verantwortung.

**Zu den Kirchgewahlen**

erschien kurz vor dem Wahltag in der kirchlichen Tageszeitung ein Artikel, der, wie wir hören, bei manchen Lesern den Eindruck erweckt hat, als ob er vom Gemeindevorstand herbeigeführt worden sei. Dem aufmerksamen Leser wird es nicht entgehen sein, daß der Verfasser einen Teil der Wahlauforderung, die der Gemeindevorstand allen Wahlberechtigten hat zugehen lassen (und die völlig unparteiisch beide Wahlvorschlüge in der Reihenfolge nennt, wie sie eingereicht worden sind) seinen eigenen Ausführungen lautmächtig überlagert hat. Der Verfasser des Artikels hat es vorgezogen, seinen eigenen Namen nicht zu nennen. So konnte der Anschein erweckt werden, als ob der Gemeindevorstand für den Artikel verantwortlich sei. Es ist deshalb nötig, ausdrücklich festzustellen, daß der Gemeindevorstand mit den Ausführungen in der kirchlichen Tageszeitung nicht das Geringste zu tun hat. Die irreführende teilweise Benutzung der amtlichen Wahlauforderung ist ohne unser Wissen, also auch ohne unsere Erlaubnis und gegen unsern Willen erfolgt. Ob der ungenannte Verfasser des auch sonst recht ansehnlichen Artikels in der kirchlichen Tageszeitung die Zurechtweisung seiner Leser beabsichtigt hat oder nicht, das mag er mit seinen eigenen Gewissen abklären.

Leider zeigt der Artikel in der kirchlichen Tageszeitung von einer bösewärtigen Intention und Parteilichkeit in kirchlichen Angelegenheiten überhaupt und über die Kemberger Verhältnisse im besonderen. Die hellen Folgenden fest: „Auf die Behauptung, daß bei Einreichung des Wahlvorschlages II „politische Erwägungen vollständig ausbleiben“, folgt unmittelbar

eine schamlose Gegenüberstellung, wievieler Nationalsozialisten auf Liste II genannt sind, und wievieler angeblich Deutschnationale der Verfasser aus Liste I herausfindet, die er glaubt bekämpfen zu müssen. Man sieht, dem ungenannten Verfasser des Artikels lagen parteipolitische Erwägungen doch nicht ganz fern. Er unterläßt es aber, zu unterstreichen, ob nicht, auf dem ersten Wahlvorschluge schon eine Reihe von Bewerbern sich befanden, die bei ihm offenbar angenehme parteipolitische Richtung angeboren oder nabeflehen. — Ferner: Der Verfasser rechnet aus, wieviele Beamte in dem von ihm bekämpften Wahlvorschluge genannt sind und knüpft daran die Frage, welche Interessen dieser Wahlvorschluge vertritt. Wer über die Arbeit und die Pflichten innerhalb der kirchlichen Gemeindeorgane Bescheid weiß, der weiß, daß in ihnen für „Anteresen“ wirtschaftlich kein Raum ist. Jeder, der sich zur Wahlvorliste anmeldet, unterschreibt die Verpflichtung, daß er gemäß ist, sein Wahlrecht im Sinn und Geist der evangelischen Kirche zu ihrem Wohle auszuüben. Er muß wissen, daß die evangelische Kirche sich aus der Gemeinde aufbaut, daß also, wer bewirbt ist, sie zu verorten, nicht einer Interessengruppe, sondern der Gemeinde zu dienen hat. Deshalb verlangt Artikel 16 der Verfassungsurkunde unserer Kirche: „Die Wahl ist ohne Unterschied des Standes auf Personen zu richten, die durch Betätigung ihrer kirchlichen Tätigkeit, insbesondere durch Teilnahme an gottesdienstlichen Leben und an der kirchlichen Gemeindegemeinschaft das Vertrauen der Wähler in ihre Treue im Bekennen evangelischen Glaubens, ihre kirchliche Einsicht und Erfahrung gewonnen haben.“ Standes- und Berufsunterschiede sollen also ebenso wenig wie politische Rücksichten die Wahl beeinflussen. Jedem lediglich kirchliche Gesichtspunkte. Die Bewerber des Verfasser des Artikels bekämpften Liste I gehören zum allergrößten Teil schon seit Jahren den kirchlichen Körperlichkeiten an und sind lediglich nach ihrer kirchlichen Bewährung erstmalig gewählt worden zu einer Seite, als in Kemberg politische Rücksichten bei den Kirchenwahlen noch keine Rolle spielen konnten.

Es wird weiter die Frage aufgeworfen, was dem Gemeindevorstand beantragt habe, von Verhandlung zwecks Aufstellung einer gemeinschaftlichen Liste abzusehen. Dazu ist zu sagen: Dem Vertrauensmann der Liste II ist bei seiner ersten Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes geraten worden, in dem von ihm vertretenen Personenzettel auf eine gemeinschaftliche Liste hinzuwirken. Versuche zu Verhandlungen sind von dieser Seite nicht gemacht worden. Als wenige Tage vor Ablauf der gesetzlichen Einreichungsfrist dem Wahlvorstand ein Entwurf einer Liste II vorgelegt wurde, war der Wahlvorschluge I bereits eingereicht, und es konnten dem Vertrauensmann der noch nicht fertigen Liste II lediglich diejenigen Personen beschieden werden, die bereits ihrer Aufnahme in die Liste I zugestimmt hatten, jedoch sie für Liste II nicht mehr in Frage kamen. Im übrigen ist es nicht Sache des Gemeindevorstandes, sondern der beiderseitigen Vertrauens-

leute, Verhandlungen wegen Aufstellung einer Einheitsliste zu führen. Der Gemeindevorstand ist folgerhat die eingereichten Wahlvorschlüge zu prüfen und über ihre Zulassung zu beschließen. Die in dem Artikel der kirchlichen Tageszeitung als Forderungen der Liste „Deutsche Christen“ angeführten 4 Punkte beruhen zum größten Teil auf falschen Voraussetzungen und unterliegen nicht der Einflußnahme der Gemeindevorstände. „Eberhardtsche freimaurerischen Geist in der Kirchenverwaltung“ nachzuweisen, dürfte einem ehrlieh beizustehenden Kenner unserer Kirchenverwaltung nicht gelingen. Doch, wer das kirchliche Wahlrecht ausüben will, sich zur kirchlichen Wahlvorliste anmelden muß, ist geistliche Zeitgeist, wie der Verfasser des Artikels in der kirchlichen Tageszeitung weiß. Daß über diese Bestimmung sehr ernsthafte Erwägungen stattgefunden haben, und daß diese Bestimmung aus wohl erwoogenen geschichtlichen Gründen in das kirchliche Gemeindewahlgesetz aufgenommen ist, scheint er nicht zu wissen. — Daß „Läuten und Trauungen in einfacher Form“ an bestimmten Tagen der Woche bereits seit Jahrzehnten gebräuchlich sind, scheint er auch nicht zu wissen. Diese gebräuchlichen Tage sind in Kemberg jeder gemündlichen Sonntag und jeden Dienstag! — Was sonst an Gebräuchen bei Amtshandlungen noch erhoben werden muß, und was bei Beichte, Abendmahl, Trauungen als freiwillige Gabe gegeben wird, liegt nicht in die Hände der Pfarrer, sondern ausschließlich in die Hände der Gläubigen und dient zur Befriedigung der eigenen Anliegen der Kirchengemeinde, z. B. Gebetung und Anfruchtbarkeit des Gelüts, des Kircheninventars usw., also zur Deckung von notwendigen Ausgaben, die andernfalls durch Kirchenschatzen aufgebracht werden müßten. Die Kemberger Gemeinden haben diese Regelung selbst angeordnet, und der Gemeindevorstand hat sie daraufhin schon vor Jahr und Tag beschlossen. Aber auch in den Gemeinden, wo noch die sogenannten Opfer dem Pfarrer zuzuflehen, bilden sie keine „Lebensentnahme“, sondern werden noch mehrjährigem Durchschuß auf das Gehalt des Pfarrers angerechnet.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß die Besichtigung des Wahlvorschlages II mit dem Kennwort „Deutsche Christen“ amtlich nicht zugelassen ist. Die Listen sind von uns deshalb amtlich nur mit den Namen der Bewerber besichtigt worden. Sämtliche Bekanntmachungen über die Wahl sind ordnungsgemäß durch Abhängung in der Kirche erfolgt. Das Auslesen der Wahllisten vom 1. bis 15. Oktober war überdies in der Kemberger Zeitung angezeigt. Zur Anmeldung für die kirchliche Wahlvorliste wird jährlich an mehreren Sonntagen durch Kanselschreibende eingeladen. Sie kann jetzt und jederzeit erfolgen und gilt, wenn die Eintragung einmal vollzogen ist, so lange, wie der Eingetragene zur Gemeinde gehört, braucht also nicht vor jeder Wahl wiederholt zu werden. — Wie die Veröffentlichung entspricht einem ausdrücklichen Beschlusse des Gemeindevorstandes. — Dertam.

**Brennholzverkauf**

der Oberförsterei Tornau bei Döben an der Wulde am 30. November 1932 ab 10 Uhr im „Heidekrug“ in Tornau. (Neuer Einschlagn.)  
**Rauchhaus** 300 und Sammeltrieb: Et: 2 Afo, 5 Afo; Bu: 1 Afo; Aie: 115 Afo, 2 Afo; Afo, 25 Afo.  
**Tornau-Nord** Wegenauehieb, 30g. 45c, 74Aa, Ad, 88Ac, 108Ab, 119b, 119f, Et: 21 Afo, 4 Afo, 1 Afo; Afo; Afo: 132 Afo, 2 Afo, 4 Afo, 40 Afo, 1 Afo; Afo: 7 Afo, 15 Afo; Aie: 61 Afo, 18 Afo; Aie: 2 Afo; Aie: 70 Afo, 25 Afo; Aie: 5 Afo, 1 Afo.  
**Lutherstein** 30g. 118a; Et: 1 Afo; Afo: 106 Afo, 5 Afo, 22 Afo, 3 Afo, 19 Afo; Aie: 1 Afo, 1 Afo.  
**Grenzhaus** 30g. 96a Et: 25 Afo, 3 Afo; Afo: 52 Afo, 1 Afo, 30 Afo; Afo: 5 Afo, 24 Afo; Aie: 362 Afo, 7 Afo, 13 Afo.  
**Berichtigung vorhaben:** 7 Et Afo und 3 Et Afo (Wegenauehieb Tornau-Nord) sind 2,5 m lang ausgehauen.

Empfehle fröhlich eingetroffen:  
**ff. Vollbüchlinge - Spotteng**  
**ger. Schellfisch, Fledheringe**  
**Zum Mittag:**  
**Schellfisch, Goldbarsch**  
**Fischilet - grüne Heringe**  
**Richard Tempelhof**



**Zu Weihnachts-Arbeiten**  
 empfehle:  
**Handwerkstücken**  
**Laubsägekästen**  
**Laubsägevorlagen**  
**Laubsägeholz**  
**Modellierbogen**  
**Klebstoffe**  
**Puppenstübenapete**  
 usw. billig  
**Richard Arnold**  
**Obstbäume**  
 aller Art  
 nur erhaltliche Ware in für hiesige Gegend passenden Sorten.  
 Ferner  
**Rosen**  
**Beerensträucher**  
 usw.  
 stehen zum Verkauf bei  
**Herm. Lene, Gärtnerei**  
 an der Kirche  
 Anlauf von Sämlingen ist Vertrauenssache! Darum kaufen Sie am besten beim ortsanfälligen Fachmann.

**Erkältungen-**

sind jetzt allgemein. Sie werden oft vermieden, wenn rechtzeitig von Jung und Alt Scott's Emulsion genommen wird. Der hohe Gehalt an allen Vitaminen in ausreichender Verarbeitung macht den Organismus widerstandsfähig. Man nehme aber nur Original Scott, das in Flaschen à RM. 4.75 u. RM. 3.00 in allen Apotheken und Drogerien zu haben ist.  
 Depot: Löwen-Apotheke, Eibe.

**Schon jetzt daran denken...**



Die schönste Weihnachtsfreude bereitet man stets mit einer selbst-angefertigten

**Handarbeit.**

Beginnen Sie rechtzeitig mit Ihren Weihnachtsarbeiten und nützen Sie schon jetzt die langen Abende Reichhaltige Auswahl in **Handarbeiten jeder Art** zu zeitgemäß billigen Preisen, sowie sämtliche **Stickermaterialien, Handarbeitswollen, -Seiden und -Garne**, sowie **Vorlagen jeder Art** erhalten Sie bei

**Richard Arnold, Kemberg, Markt 3**

Auf Wunsch werden alle Handarbeiten angefangen und Anleitung erteilt.

**Harzer Grüne Bühnen-Lotterie**

Ziehung unwiderruflich am nächsten Dienstag  
 Lose erhältlich bei **Richard Arnold**, Leipziger Straße und Markt.



**Das Gute bleibt doch das Billigste!**

Für die Kleidung gilt dies doppelt. Jede erfahrene Mutter wird deshalb stets die gesunde, praktische und flotte Bleyle-Kleidung wählen.

**Bleyle**

ist unübertroffen in Qualität und Preiswürdigkeit.

**Wilhelm Weydanz**  
 Kemberg

**Gelegenheitskauf!**

1 Kasten neue **Ankleideschränke** mit Wäscheabzug von 65.- M an **Schlafzimmer** (komplett) von 285.- M an **Küchen**, 7teilig von 98.- M an **Kiich, Wittenberg, Mittelstraße 31** Lieferung frei Haus!

**Zum Hausschlachten**

empfehle  
**Ia. Majoran**  
 selbstgebaute prima Ware und  
**Zwiebeln**  
**Hermann Lene, Gärtnerei**  
 an der Kirche.

**Serfel**

verkauft  
**Burchardt, Wittenberger Neum. 24**

**Serfel**

stehen zum Verkauf  
**Wittenberger Neumarkt 4**

**Pr. Chaiselongues**

von 32.- RM an  
**Moderne Plüsch-Sofas**  
 von 75.- RM an  
**Dreiteilige Matratzen**  
 von 22.- RM an  
 Aufpolsterungen werden billigst ausgeführt.  
 Polster-Geschäft **Hugo Risch**

**1933**

**Delikateser Hauskalender**

**Lahrer hinterer Bote**  
 eingetroffen bei  
**Richard Arnold, Kemberg**

**Bestellungen auf**

**Neufürchner Abreiß-Kalender**  
**Glaube und Heimat**  
 nehme ich entgegen

**Frühgeschlossene Wildkaninchen**

empfiehlt  
**Arthur Hamann :: Bergwitz**

**Gewerbe - Verein**

Morgen Dienstag, den 22. November, von nachmittags 2 Uhr bis abends 7 Uhr im Hotel **Blauer Stern**

**Sprechtag**

zur Prüfung der Steuerbeiträge.  
 Anschließend abends 1/9 Uhr im **Hotel Palmbaum**

**Bersammlung**

Erörterung über die Anträge zur Aufstellung von Steuergruppen.  
 In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Fragen liegt der Versuch im Interesse aller Mitglieder **Der Vorstand.**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmann Sonntagblatt“ und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,55 M. Bei höherer Gesamt-Bezugsdauer wird der Preis entsprechend ermäßigt. — Die Zustellung erfolgt durch den Postboten. — Die Abnahme des Bezugspreises erfolgt durch den Postboten.



Anzeigenpreis: Die beispaltete Zeitspaltseite oder deren Raum 15 Pfg., die beispaltete Zeitspaltseite 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geliebter oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Belegexemplare 10.— M. des Textes, zusätzlich Postgebühren. — Der Anzeigenpreis ist ab dem 1. Oktober d. J. für den Monat November 1932.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 138

Dienstag, den 22. November 1932

34. Jahrg.

## Donnerstag, den 24. November, 14 Uhr Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal

Kemberg, den 21. November 1932.

Der Magistrat.

## Die Gewaltenteilung in Preußen

Regelung durch Erlass des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. November.

Nach Erlass des Urteils des Staatsgerichtshofs in der Streitfrage über die am 20. Juli 1932 erfolgte Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen haben zwischen der Regierung über die praktische Durchführung der in dem Urteil zum Ausdruck gebrachten Gewaltenteilung in Preußen stattgefunden. Diese Verhandlungen haben nicht zu einer Einigung geführt. Das preußische Staatsministerium glaubte zur Wahrung der ihm im Urteil des Staatsgerichtshofs vorbehaltenen Befugnisse zur Vertretung des Landes Preußen Rechte in Anspruch nehmen zu sollen, die einen ordnungsmäßigen Ablauf der Dienstgeschäfte in den preußischen Ministerien und eine einheitliche Führung der Erzfürsorge in Preußen in Frage stellen würden. Die daraus erfließenden Schwierigkeiten stellen eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar. Der Reichspräsident hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Artikels 48, 2 der Reichsverfassung die danach nötigen Maßnahmen zu treffen. Er hat einen Erlass dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar und mit einem besonderen Beauftragten dem preußischen Ministerpräsidenten zugestellt, in dem es heißt:

Aus den mir erstatteten Berichten über die zwischen dem Reichskommissar für das Land Preußen und dem preußischen Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen habe ich entnehmen müssen, daß eine Einigung über die Ausübung der Befugnisse, wie sie nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 erlernt und dem preußischen Ministerpräsidenten und den preußischen Staatsministern andererseits dem Reichskanzler als Reichskommissar für das Land Preußen und den von ihm für den Geschäftsbereich der preußischen Ministerien bestellten Kommissaren zuteil, nicht erzielt worden ist.

Unter diesen Umständen erfordern Verwaltung und staatliche Ordnung im Lande Preußen in Frage gestellt. Dieser Zustand bedeutet eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Ich sehe mich daher veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen und ordne an:

1. Um Mißverständnisse im amtlichen Verkehr auszuschließen, haben die Kommissare des Reichs innerhalb des ihnen zugewiesenen Geschäftsbereichs die mit dem Kopf „Der Preußische Ministerpräsident“ und „Der Preußische Minister“ zu versehenen Schreiben zu zeichnen. Der Kommissar des Reichs, die Befehle und Verfügungen, die die Kommissare des Reichs gemeinsam fassen oder erlassen, sind zu zeichnen: „Das Preußische Staatsministerium; Die Kommissare des Reichs.“

2. Verfügungen, deren Erlass nach Reichsrecht oder preußischem Recht der preußischen Landesregierung, dem preußischen Staatsministerium oder einzelnen preußischen Staatsministern zusteht, haben ausschließlich die Kommissare des Reichs oder der nach ihrem Geschäftsbereich zuständigen Kommissare des Reichs zu erlassen.

3. Die Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß Artikel 67 Abs. 2 der preußischen Verfassung steht dem für den Geschäftsbereich des Finanzministers bestellten Kommissar des Reichs zu.

4. Die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits steht dem für den Geschäftsbereich des Finanzministers bestellten Kommissar des Reichs zu, soweit eine Ermächtigung zur Kreditaufnahme in einem Gesetz oder einer Verordnung mit Gesetzeskraft vorliegt. Das gleiche gilt für die Übernahme einer Sicherheitsleistung (Garantien und Bürgschaften).

5. Die Kommissare des Reichs sind zur Durchführung ihrer Aufgaben befugt, mit den Reichsbehörden in Verhandlung zu treten und an den von diesen einberufenen Sitzungen und Besprechungen teilzunehmen.

6. Das Recht der Begnadigung gemäß Artikel 54 der preußischen Verfassung haben die Kommissare des Reichs auszuüben.

7. Zur Ausübung der dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern im Grund und Urteil des Staatsgerichtshofs zugehörigen Befugnisse werden die aus der Anlage ersichtlichen Amtsräume im Hause des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt bereitgestellt. Soweit zwischen einzelnen Staatsministern und den Kommissaren des Reichs bereits eine Einigung über die Bereitstellung anderer Amtsräume erzielt ist, behält es dabei sein Bestehen. Im übrigen stehen die Amtsräume des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Ministerien mit allem Zubehör ausschließlich zur Verfügung der Kommissare des Reichs.

Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern stehen die Ministerialdirektoren Dr. Badt, Dr. Bredt und Cöpmann als stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat im Hauptamt, händigt zur Verfügung; sie erhalten im Hause des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt Amtsräume zuzustellen. Geschäftsbüro und des erforderliche Sekretariat sind zur Verfügung zu stellen.

8. Die im Haushaltsplan für die preußischen Staatsminister vorgegebenen Dienstwohnungen stehen, soweit sie von ihnen bisher Gebrauch gemacht haben, auch weiter zu ihrer Verfügung.

9. Die Kommissare des Reichs nehmen in dieser Eigenschaft an den Sitzungen des Reichsrats, des Reichstags, des Landtags und Staatsrats sowie ihrer Ausschüsse nicht teil. Sie leisten diesen Körperlichkeiten keine Vorlagen zu.

10. Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern sind zur Bearbeitung der ihnen nachbleibenden Aufgaben der Regierung Preußens im Reichsrat, im Reichstag oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Gremien die mit der vorbereitenden Bearbeitung dieser Aufgaben betrauten Beamten der Ministerien, denen die Bearbeitung der Angelegenheiten übertragen ist, die mit vorbereitenden Beratungen des Reichstags, des Reichsrats, des Landtags oder des Staatsrats oder ihrer Ausschüsse im Zusammenhang stehen oder sich auf den Abschluß von Verträgen mit anderen Ländern oder dem Reich beziehen, zum Vortritt zur Verfügung zu stellen.

11. Mit der Ausführung dieser Maßnahmen beauftragt ich den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen.

gez. von Hindenburg.

## Verlängerung des Burgfriedens

bis zum 2. Januar 1933.

Reichspräsident von Hindenburg hat die Verordnung über die Sicherung des inneren Friedens, die am 2. November erlassen worden war und am 19. November ablaufen würde, durch eine neue Verordnung bis zum 2. Januar 1933 verlängert. Ebenso wurde auch die in der Ergänzungsvorordnung vom 3. November enthaltenen Ermächtigung an die Landesregierungen verlängert, wonach für Wahlversammlungen Ausnahmen zulässig sind, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 stattfinden.

## Entschließung des Reichsrats

Berlin, 19. November.

Der Reichsrat stimmte in einer Plenarsitzung der Abschluß-Entschließung zur preußischen Frage zu.

Der erste Teil der Entschließung, der die Maßnahmen vom 29. und 30. Oktober als eine gesundgebende Veränderung des inneren Kraftverhältnisses bezeichnet und die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der zweite Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der dritte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der vierte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der fünfte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der sechste Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der siebte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der achte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der neunte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der zehnte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der elfte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der zwölfte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der dreizehnte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der vierzehnte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der fünfzehnte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der sechzehnte Teil der Entschließung, der die Befugnisse der Reichspräsidenten bestätigt, wurde mit 54 gegen 10 Stimmen angenommen.

ersten Vormittagsstunden Schauluftige vor der Reichskanzlei und vor dem Hotel Kaiserhof an. Die Polizei hatte keine größeren Abwehrungen vorgenommen, sondern sorgte nur dafür, daß der Fahrzeug und die Einfahrt zur Reichskanzlei frei gehalten und der Verkehr nicht gestört wurde. Kurz vor 11 Uhr fuhr dann der Wagen des Reichspräsidenten Öhring vor der Reichskanzlei vor. Öhring ließ sich jedoch nur eine knappe Viertelstunde bei Staatssekretär Weigert an und kehrte dann in den Kaiserhof zurück. Kurz vor 11.30 Uhr erschien Adolf Hitler in Begleitung Öhrings vor dem Hotel und begab sich im Wagen in die Reichskanzlei. Die Menge brachte auch jetzt wieder wie schon bei dem Erscheinen des Reichspräsidenten Öhring heftige Rufe aus.

## Zusammenkunft Schleicher — Hitler

Gerichtsweise — vor allen Dingen in Süddeutschland — verurteilt, daß der Reichswehrminister General von Schleicher dem Reichspräsidenten den Vorschlag gemacht habe, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Die Gerichte werden als fallig betrachtet.

In Wirklichkeit hat nach der Ankunft Hitlers in Berlin eine Unterredung zwischen dem General von Schleicher und Hitler stattgefunden.

Es ist im Anschluß an diese Unterredung auch die Behauptung aufgetaucht, daß Hitler bereit sei, zu Gunsten des Reichswehrministers auf das Amt des Reichskanzlers zu verzichten. Auch diese Behauptung wird von maßgebender Seite als reine Kombination betrachtet.

Nach Beendigung der Parteiführerbesprechungen bei Hindenburg wird jetzt die Fühlungnahme der Parteien untereinander erfolgen. Dabei gilt es als sicher, daß vor der gemeinsamen Verhandlung Besprechungen zwischen einzelnen Parteien, vor allem zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, erfolgen werden, die bei den Parteien reichlich optimistisch betrachtet werden.

## Die erste Stunde abgeschlossen

Mit dem Befehle des Staatsrats Schäffer für die Banerische Reichspartei ist die erste Stunde der Besprechungen abgeschlossen, und der Reichspräsident wird sich dann in den nächsten Tagen über sein weiteres Vorgehen schlüssig werden. Die Überlegungen des Reichspräsidenten bewegen sich jetzt wohl vor allem in der Richtung, ob er selbst auch im nächsten Stadium mit den Parteien verhandelt, oder ob er einen Mann seines Vertrauens auswählt, der die weiteren Verhandlungen in seinem Auftrag zu führen hätte. Aufstellung unterrichteter politischer Kreise sind beide Möglichkeiten gegeben.

Hitler selbst hat nicht die Absicht, nun von sich aus mit den anderen Parteien direkte Verhandlungen aufzunehmen.

Das scheint sich in seiner Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten ergeben zu haben.

Das wesentlichste Resultat der Besprechung zwischen ihm und dem Reichspräsidenten dürfte darin zu sehen sein, daß die Fühlung mit ihm noch nicht zu Ende ist. Es ist bekannt, daß die Auffassung des Reichspräsidenten und die Adolf Hitlers über die innenpolitische weitere Entwicklung voneinander abweichen.

Der Verlauf der ersten Besprechung hat aber auf alle Fälle die Möglichkeit zu einer Fortsetzung der Fühlungnahme noch offengelassen.

## Erfolge der Arbeitsbeschaffung

Mehrbeschäftigung von mehreren hunderttausend Erwerbslosen.

Berlin, 20. November.

Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung haben neben den sonstigen Mitteln zur Belebung der Wirtschaft den Arbeitsmarkt merklich entlastet. Die Zahl der Arbeitslosen, die im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden, hat jetzt bereits 250 000 überschritten.

Der erste Abschnitt des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 135 Millionen RM, das die Reichsregierung sofort nach ihrem Amtsantritt entworfen hat, ist in voller Durchführung begriffen.

Die 135 Millionen RM, die als Darlehen für Straßenbauten, Wasserbauten und landwirtschaftliche Meliorationen zur Verfügung gestellt waren, sind bis auf einen kleinen Rest an die Träger der Arbeiten vergeben; zu ihnen treten noch verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von etwa 25 Millionen RM, die der Erparnis an Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Mit diesen Mitteln sind bisher insgesamt 10 Millionen Arbeitertagewerke für Arbeitslose bereitgestellt worden.

Auch die Arbeiten an dem zweiten Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 207 Millionen RM sind zum Teil bereits im Gange oder werden in nächster Zeit begonnen.

Dieser Abschnitt umfaßt u. a. Straßenbauten, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung und vorläufige Kleinwohnung, den Bau von Eigenheimen und ferner eine Aktion zum Abwracken verfallenen Schiffsräume und den Bau von Frühlingsloggen. Soweit diese Arbeiten als Arbeitsarbeiten oder im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes auszuführen werden, treten auch hier noch der